

# Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30, im sonstigen In- und Auslande M. 3.40 u. 80 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad  
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamazeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gae. Fernsprecher 33. In Calmbach: Hauptstraße 109

Nr. 163

Anzeigenannahme:  
In Wildbad: Wilhelmstraße 99

Freitag, den 25. Juli 1919

Anzeigenannahme:  
In Calmbach: Hauptstraße 109

Jahrgang 53

## Tageschau.

Wie wir aus Stuttgart erfahren, ist zwischen dem Reichsfinanzminister Erzberger und den süddeutschen Finanzministern in der Frage der Ausgestaltung der Reichsteuergesetze eine Einigung erzielt worden.

Hente treffen in Amsterdam die deutschen, englischen, amerikanischen und wahrscheinlich auch die schweizerischen Abgeordneten zu dem internationalen Gewerkschaftskongress zusammen.

Es sind Vorbereitungen getroffen worden, eine große Anzahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Weg über Rotterdam in die Heimat zurückzuführen. Der 1. Transport hat sich bereits auf dem Dampfer St. Denis in Dover eingeschifft.

Das ungarische Tel.-Korr.-Bureau erhielt von verschiedenen Orten der Demarkationslinie Meldungen über den Ausbruch der Revolution in Kroatien.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Führer der Opposition im Senat Wilson mitgeteilt hätten, daß 35 Senatoren entschlossen seien, den Friedensvertrag abzulehnen.

## Das Lehrlingswesen in der neuen Zeit.

II.

Die Durchführung des vielerorts gemachten Vorschlags, die Lehrlinge nur noch in den Lehrwerkstätten der Industrie auszubilden, würde unserem Wirtschaftsleben unermesslichen Schaden zufügen, obwohl auch die Industrie sich derselben Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften unterziehen sollte, wie das Handwerk. Der Lehrling muß in erster Linie Handfertigkeiten lernen und zwar alle in seinem Beruf vorkommenden Handfertigkeiten. Diese lernt er nur in einer Handwerkslehre, in den Lehrwerkstätten der Fabrik niemals. Um den Lehrling reif für den wirtschaftlichen Kampf zu machen, dem er später gegenüber steht, muß er mit all den verschiedenen Arbeiten, wie sie im täglichen Leben vorkommen, vertraut sein: er muß auch zugleich im Umgang mit der Kundschaft und mit den Stellen, mit denen er geschäftlich zu tun hat, die Umgangsformen und Anschauungen seiner Mitmenschen kennen lernen, damit er die nötige Erfahrung für das spätere Leben mitbringt. Das lernt der Lehrling nur in der Handwerkslehre, in der Fabriklehre wird die Heranbildung schematisch sein und der Lehrling wird von der Außenwelt viel zu wenig zu hören bekommen.

Der Forderungen der G.H.-Organisationen, wonach der Lehrling jeglichen Alters den Vereinigungen aller Art ohne Genehmigung des Meisters beitreten darf, muß widersprochen werden. Der Hinweis auf die bisherige Beteiligung an Junglingsvereinen, Turn- und Sportvereinen und dergl., an denen die Lehrlinge im Einverständnis des Meisters teilnehmen, begründet nicht die berechtigte Teilnahme an den besagten Arbeiterorganisationen ohne Einverständnis des Lehrherrn. Dieser schickt den Lehrling in Vereinigungen, damit er sich erholt oder außer der Arbeitszeit nutzbringend für seine Zukunft sich betätigt.

In den Gewerkschaften dagegen ist z. B. die Möglichkeit gegeben, daß der Lehrling in den Arbeiterauschuss kommt, wo er dann über seine Arbeitszeit, Entlohnung und dergl. mitbestimmen kann. Es wird dem Lehrherrn unmöglich gemacht, die vertraglich übernommenen Verpflichtungen des § 127 der G.O. zu erfüllen, wonach der Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten ist. Jeder Pädagoge, jeder Mensch, dem etwas an der Erziehung der Jugend gelegen ist, muß einsehen, daß man durch solche Freiheiten der Jugend keinen guten Dienst erwirkt und der Verwilderung unserer Jugend damit nicht entgegenwirkt.

Die Handwerkskammern werden und müssen das Lehrlingswesen den neuen Verhältnissen anpassen. Sie werden sich hierbei vor allem von dem Gedanken leiten lassen, Qualitätsarbeiter heranzuziehen, die Qualitätsarbeit bewerkstelligen können, die es eben mit der Ausbildung wird Deutschland wiedererlangen, wenn es Fertigwaren ausführen kann, die so gut, so einzigartig, so begehrt, so wertvoll sind, daß man auch die hohen Preise, die wir auf Grund unserer hohen Herstellungskosten verlangen müssen, bezahlt. Eine gründliche Lehrlingsausbildung schafft die beste Voraussetzung für Qualitätsarbeit. Mögen Arbeit schaffen. Denn nur unter einer Bedingung unseres Nachwachses meinen, die Tätigkeit der Handwerkskammern anerkennen und unterstützen, damit die von den Kräften der Pubertät umbrandete Lehrzeit wirklich zur Verbeizung eines tüchtigen Staatsbürgers wird.

## Neues vom Tage.

Nicht anzuliefern.

Berlin, 24. Juli. Aus Haag wird dem „Verf. Lokalanz.“ mitgeteilt: In London will man wissen, daß die Namen des früheren Kronprinzen, Hindenburgs und Ludendorffs nicht auf der Liste der auszuliefernden Personen stehen.

Die Londoner „Times“ meldet, König Georg habe auf die Bitte der deutschen Kaiserin und der Prinzen, das Auslieferungsbegehren zu verhindern, geantwortet, seine verfassungsrechtliche Stellung gebe ihm keine Möglichkeit, der Bitte zu willfahren.

Nach dem „Manchester Guardian“ hat der Oberste Gerichtshof Englands das von Lord George eingeforderte Gutachten dahin abgegeben, daß die Aburteilung des Kaisers durch ein englisches Gericht unzulässig sei.

Der Salutakredit.

Berlin, 24. Juli. Nach den Morgenblättern hat ein deutscher Finanzagent mit einer New Yorker Bankvereinigung ein Abkommen getroffen, daß Deutschland zum Einkauf von Lebensmitteln usw. ein Darlehen von vorläufig 100 Mill. Dollar auf 3 Monate gewährt wird. Die Frist kann verlängert werden.

Streik.

Celle, 24. Juli. Die hiesige Arbeiterschaft ist heute in den Ausstand getreten, um dadurch die Zurücknahme des vor 14 Tagen angekommenen Jägerbataillons zu erzwingen.

Magdeburg, 24. Juli. Ein Haufen unreifer Burschen suchte einen Waffenschuppen zu plündern. Die Angreifer wurden von den Wachmannschaften vertrieben.

Aufstand in Marburg.

Wien, 24. Juli. Aus Graz wird gemeldet: Schon lange bestand zwischen den Slowenen und Kroaten und der serbischen Verwaltung in Marburg (Steiermark) ein Groll. In einer sozialdemokratischen Versammlung wurde zur Gründung einer von Serbien unabhängigen slowenischen Republik aufgefordert. Die serbischen Behörden nahmen darauf unter den Teilnehmern an der Versammlung Verhaftungen vor. Slowenische und kroatische Soldaten mit vielen Zivilisten rotteten sich am anderen Tag zusammen und es kam zu heftigen Kämpfen mit den Serben, wobei Gewehre, Maschinengewehre und Handgranaten in Menge verwendet wurden. Die Serben wurden schließlich zur Stadt hinausgedrängt. Es soll über 100 Tote und 200 Verwundete gegeben haben. Der jugoslawische Staat unter Serbiens Herrschaft ist eine der vielen „Schöpfungen“ der wohlwollenden Friedenskonferenz, die den Stempel der Unmöglichkeit an der Stirne tragen und eine stete Gefahr für die friedliche Entwicklung Europas sind. (D. Schr.)

Streikbewegung in England.

Amsterdam, 24. Juli. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Durch den Kohlenmangel wird die Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und des Betriebs der Untergrundbahnen nötig. Eine Familie soll nicht mehr als 2 Zentner Kohlen erhalten. Der Streik hat auf einige Kohlenfelder in Nottinghamshire übergegriffen. Möglicherweise werden alle Zementfabriken schließen müssen. In Grimsby liegen Fischdampfer still und auch in Hull leidet die Schifffahrt ernstlich.

Berlin, 24. Juli. Die „Post“ meldet gerüchtweise aus Rotterdam, in England und besonders in London sei eine Unruhbewegung eingeleitet. König Georg habe Wilson gebeten, die an der Londoner Siegesfeier beteiligten amerikanischen Truppen vorerst in London zu belassen. Die englische Presse unterdrücke alle Nachrichten über die Bewegung. Englische Blätter hatten von Tumulten in verschiedenen Städten anlässlich der Siegesfeier gemeldet.

Frankreichs Lebensmittelmangel.

Paris, 24. Juli. Nach dem „Matin“ wird Frankreich über 3 1/2 Millionen Doppelzentner Getreide ankaufen müssen, um bis zur Ernte, die schlecht ausfallen wird, durchhalten zu können. Mit der Fleischversorgung steht es ebenso.

London, 23. Juli. Der englische General Ironside meldet, daß unter den russischen Truppen in Archangel eine Meuterei ausgebrochen sei. In Dnepr-Bezirk lieferten die Meuterer die Front und die Stadt den Bolschewisten aus. Die Meuterei wurde durch bolschewistische Unruhmissetler verursacht, nachdem bekannt war, daß die britischen Truppen aus Nordrussland zurückgezogen werden.

Budapest, 24. Juli. (Korr.-Bur.) Der russische Minister Tschitscherin richtete an Bela Kuhn einen Funkspruch, in dem die Nachricht, Lenin habe der rumänischen Regierung den Frieden angeboten, als Fälschung bezeichnet wird.

## Aufhebung der bayerischen Gesandtschaft in Bern.

München, 23. Juli. Nach dem „Verf. Lokalanzeiger“ soll die bayerische Gesandtschaft in Bern nicht mehr befehrt werden.

Die Flucht des Prinzen Max.

Konstanz, 23. Juli. Das Rentamt in Sa'ern erklärt berichtend, Prinz Max von Baden habe seit seiner Ankunft in Sa'ern am 21. Juni Sa'ern niemals verlassen, seine Familie werde zu kurzem Besuch bei Bekannten in der Schweiz, wohnen sie in aller Öffentlichkeit von Uhlringen in einem Motorboot abgereist sei. — Die „Konstanzer Ztg.“ bemerkt dazu, daß die erste Darstellung von Minister Kemmle gegeben worden sei. Weiter erfährt das Blatt, die Reisenden haben nur den dringenden Geldbedarf für einen kurzen Aufenthalt mitgenommen, Gold und Wertgegenstände befinden sich nicht dabei. Das Gold wurde alles abgeliefert.

Osterr. Arbeiter für die Wiederherstellung.

Wien, 23. Juli. Die „Polit. Kor.“ erfährt, daß bei dem Besuche Dutasta beim Staatskanzler Renner der Gedanke auftauchte, die in Deutsch-Oesterreich herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung freiwilliger Arbeiter bei den Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs zu beheben.

Für die Ratifizierung.

Paris, 23. Juli. Der Kammerauschuss sprach sich für die Ratifizierung des Friedensvertrags mit Deutschland aus. Die Sozialisten enthielten sich der Stimme.

Vertrauensvotum für Clemenceau.

Paris, 23. Juli. In der gestrigen Vormittags-sitzung der Kammer beantragte der Sozialist Bon, die auf der Tagesordnung stehende Aussprache über Ernennungen zur Ehrenlegion zu vertagen, da es keine Regierung mehr gebe. Die Kammer habe am Freitag durch Annahme der Tagesordnung zugunsten dem Ministerium ihr Mißtrauen ausgesprochen. Trotz des Widerspruchs des Justizministers Rati pflichtete die Kammer dem Sozialisten Bon bei und vertagte die Sitzung auf den Nachmittag. In Beginn der Nachmittags-sitzung erklärte sich Ministerpräsident Clemenceau bereit, die Anfrage des Abgeordneten Journier über die allgemeine Politik der Regierung sofort zu beantworten.

Nach erregter Aussprache hat die Kammer mit 289 gegen 176 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Der Streik in England.

Rotterdam, 22. Juli. Wie der „Nieuwe Rotterd. Courant“ aus London meldet, streiken in Derbyshire 45 000 Bergarbeiter, in York- und Nottinghamshire 10 000 und in Burnley 4 000 Arbeiter.

Bonar Law erklärte, der Streik der Kohlenbergleute habe sich in geringem Maße auf Lancashire, Nottinghamshire und Monmouthshire ausgebreitet, wo insgesamt 38 000 Kohlenbergleute ausständig seien. Die Bergleute geben mehrere Gründe für den Streik an, darunter die Erhöhung des Kohlepreises um 6 Schilling, die hohen Lebensmittelpreise, die Dienstpflicht und das Verbleiben der britischen Truppen in Rußland.

Der Krieg im Osten.

Der sog. „Daily Herald“ meldet, der Plan der Alliierten, gegen Rußland einen allgemeinen Vormarsch zu unternehmen, sei aufgehoben worden, da es unmöglich gewesen sei, britische, amerikanische und französische Soldaten für diesen Kampf zu finden.

Belagerungszustand über Washington?

London, 22. Juli. Neuer meldet aus Washington: Gestern abend kam es wieder zu ernstlichen Unruhen. Vier Personen, darunter 2 Polizisten wurden getötet und viele verwundet. Nach der „Times“ ist wegen der Unruhen der Belagerungszustand über Washington verhängt worden.

Neues Kabinett in der Türkei.

Konstantinopel, 24. Juli. Der Sultan hat Abd Scherif Pascha mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

## Deutsche Nationalversammlung.

### Die auswärtige Politik.

Weimar, 23. Juli.

Nach der Erklärung des Reichsministerpräsidenten Bauer erhält das Wort

Reichsminister des Innern Herr Müller: Mit 3 Staatswesen, welches das freieste Wahlrecht der Welt besitzt, hat, das am meisten die Frauen als vollberechtigte Staatsbürgerinnen am öffentlichen Leben be-

ruigt, das die Forderungen der international organisierten Arbeiterklassen zu seinem Programm erhoben hat, treten wir in die neue Zeit ein. Durch den härtesten Frieden gefesselt, der seit Einführung der christlichen Zeitrechnung je einem Volk auferlegt wurde, müssen wir dennoch versuchen, auf einer freiheitlichen Bahn vorwärts zu schreiten. Die Welt soll sich aber davon überzeugen, daß der Verlust von 2 Millionen Toten in dem deutschen Volke die Ueberzeugung gefestigt hat, daß Streitigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgesprochen werden dürfen. Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hülfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt.

Es ist uns eine so gründliche Abrüstung auferlegt, daß es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse der Gegner liegt. Aber diese Abrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. In einem Segen für die ganze Welt wird sie erst werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt ist. Die Erreichung dieses Zieles zu fördern, muß unsere Aufgabe sein. Den Geist des Rechts zu pflegen, sind wir auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge dieses Krieges unter fremde Herrschaft kommen. Wir müssen die Welt von unserem unerschütterlichen Friedenswillen überzeugen, damit die Politik der Koalitionen, die in letzter Linie zu diesem Weltkrieg geführt hat, in abschbarer Zeit begraben wird. In Versailles wurde bereits eine neue Koalition gegründet. Die französische Regierung sieht die militärische Neutralisierung der rheinischen Grenzgebiete als genügenden Schutz nicht an. Das Mißtrauen gegen die deutsche Politik ist ebenso groß, wie das Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volks. Das Zeitalter der geheimen Diplomatie soll abgeschlossen sein.

Unsere tatsächliche Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerbund erklären wir dadurch, daß wir bereit sind, mit allen Völkern im Frieden zu leben. Ein Völkerbund ohne das deutsche und ohne das russische Reich ist kein Völkerbund.

Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zur Erfüllung der Vertragsverpflichtungen bis zur Grenze unserer Fähigkeit ernst ist, aber auch darüber nicht, daß wir mit allen lokalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben werden, und zwar nicht nur im Interesse des deutschen Volks, sondern in dem aller seiner Nachbarn. Gerechte Beurteiler der europäischen Kolonialpolitik werden zugestehen, daß es eine Ungerechtigkeit war, dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Betätigung zu rauben mit der unhaltbaren Begründung, daß das deutsche Verlangen auf dem Gebiet der Kolonialpolitik karggestellt worden sei; ebenso wie sich das Vorgehen gegen die Auslandsdeutschen und ihr Eigentum in der ruhigeren Zeit einer gereinigten Atmosphäre durch nichts rechtfertigen lassen wird.

Das belgische Volk hat nicht vergessen, daß es ein Opfer des deutschen Einfalls wurde. Wenn wir jetzt daran gehen, durch werktätige Opfer Wiedergutmachung zu üben, so wird damit auch der Weg der Verständigung mit der belgischen Bevölkerung allmählich betreten werden. Kein Volk hat verhältnismäßig so viel Tote verloren und so viel Opfer bringen müssen, wie das französische. Zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräften am Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden mitzuwirken. Ich nehme an, daß uns die unbedingt notwendigen Rohstoffe geliefert werden und daß unsere Kohlen- und Eisenindustrie nicht durch unzumutbare Auflagen in ihrer Entfaltung gehindert werden. Im Fall Manheim gelingt es hoffentlich, den Täter festzustellen, damit dieses Verbrechen die gebührende Sühne finde. Nun wird aber verlangt, daß eine Stadt, die weit ab liegt vom besetzten Gebiete, nach Unterzeichnung des Friedens eine Buße zahlen soll. Dazu fehlt selbst im Kriege jeder Vorgang.

Von dem Geist der Versöhnung ist überhaupt noch wenig zu verspüren. Lloyd George hat im Unterhaus erklärt, der Friedensvertrag bezwecke, an Deutsch-

land ein Exempel zu statuieren. Das scheint allerdings so zu sein, aber das bestätigt, daß der Vertrag ein Bruch des Novemberabkommens ist, wie überhaupt der Friedensvertrag die Lansing'sche Note zu einem festen Papier gemacht hat. Was soll es heißen, wenn Lloyd George von den Deutschen die Einsicht verlangt, daß die deutsche Politik der letzten 150 Jahre ein bitterer Fehler gewesen sei. In den letzten 150 Jahren hat die englische Politik mehr an der Seite der Preussischen gestanden, als an der irgend eines anderen Volks. Dem eroberungslustigen Preußen kann übrigens kein Engländer einen Vorwurf machen, der die Veränderungen in der Weltkarte beobachtet hat, die seit 150 Jahren zu Gunsten Englands vollzogen wurden.

Wie sich die Dittagen gestalten werden, ist noch nicht zu übersehen. Der Brester Friede ist annulliert. In dem lettischen Staat, der dabei ist, sich zu konstituieren, und in der östlichen Republik, die bereits ein festes Gefüge hat, scheint man zu fürchten, daß eine preussische Militärpolitik der Selbständigkeit der Länder wieder einmal gefährlich werden könnte. Die Regierung der deutschen Republik wünscht gute Beziehungen zu diesen Völkern. Der Beschluß, das Baltikum von den deutschen Truppen zu räumen, wurde bereits vom früheren Kabinett gefaßt. Wenn die Räumung bisher nur teilweise erfolgt ist, so war daran die Schwierigkeit des Abtransports, die ungeklärte militärische und politische Lage und die Sorge um Leber- und Eigentum der deutschen Bevölkerung schuldig. In die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands wird sich die Regierung selbstverständlich in keiner Weise einmischen. Wir hoffen, daß sich zu dem entstehenden litauischen Staatswesen, dessen Bildung von uns geordert wurde, gute Beziehungen erhalten lassen. Die Selbständigkeit Polens ist von Deutschland und Oesterreich im November 1916 zuerst verkannt worden. Der Versailler Vertrag hat uns nach Osten nicht die Grenzen gebracht, die uns werden müßten, wenn der Wille der Bevölkerung entscheidend gewesen wäre. Millionen Deutscher stehen in Zukunft unter polnischer Herrschaft. Wir wollen uns bemühen, gute auskömmliche Verhältnisse zwischen beiden Teilen zu erzielen. Wir wollen in unmittelbaren Verhandlungen mit Polen die Schäden des Friedensvertrags nach Möglichkeit mildern. Die Regierung wird versuchen, für die Deutschen einen zuverlässigen Schutz der Winterarbeiten zu erwirken. Ich gebe der feinen Ueberzeugung Ausdruck, daß die bedauerlichen Grenzübergänge an der Demarkationslinie fürberühn unterbleiben und daß, soweit noch deutsche Männer und Frauen von den Polen interniert sind, sie wieder in Freiheit gesetzt werden. Ich werde alle notwendigen Schritte unternehmen, damit die Freiheit der Abstimmlung gewahrt bleibt. Der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken danke ich für ihre ruhige und würdige Haltung. Wir werden sie auch jenseits der Grenze nicht vergessen. Mögen aber auch die Polen die loyale Absicht des deutschen Volks und seiner Regierung würdigen.

Die herzlichsten Beziehungen verbinden uns nach wie vor mit unseren österröichischen Brüdern. Wir werden alle friedlichen Mittel erschöpfen, bis wir wirklich ein einziges Volk von Brüdern sind. Von der Klugheit der Männer, die an der Spitze der tschecho-slowakischen Republik stehen, erwarten wir, daß sie mit uns an einem Ausgleich arbeiten, der ihrem Land und dem unsrigen die guten Beziehungen garantiert, die zwei Staatswesen zu ihrem eigenen Wohlfühlen brauchen.

Nicht vergessen wollen wir unsere früheren Bundesgenossen, das bulgarische und das türkische Volk. Mit großer innerer Bewegung nehmen wir an ihrem Schicksal teil. Soweit es an uns liegt, sollen die freundschaftlichen Bande zwischen den Völkern den Zusammenbruch des Bündnisses und der Regierungen, die es geschlossen hatten, überdauern.

Zuletzt, aber nicht zum geringsten, lassen sie mich der neutralen Länder gedenken, die uns in den Kriegsjahren in so vieler Beziehung Mittler gewesen sind. Das

deutsche Volk erkennt dankbar jeden Beweis von Verständnis und Anteilnahme an, das aus den Ländern der europäischen Neutralen zu ihm herübergekungen ist. Es ist sich seiner besonderen Dankeschuld bewußt gegenüber den Ländern, die auch in diesem Sommer die erholungsbedürftigen deutschen Kinder aufnehmen und verpflegen.

Auf Grund des Friedensvertrags wird die Bevölkerung des nördlichen Schleswig durch Abstimmung über ihre fernere Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben. Möge die Abstimmung in keinem Lande eine Irrendenta zurücklassen.

Unter den Verpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt, kann man zwei Kategorien unterscheiden: Solche, die wir ohne weiteres zu erfüllen haben und bei denen irgendwelche Verhandlungen nicht mehr in Frage kommen. Auf der anderen Seite aber gibt der Friedensvertrag unseren bisherigen Gegnern eine gewaltige Anzahl von Rechten und Befugnissen, der auf unserer Seite nur Verpflichtungen gegenüberstehen. Inwieweit die Gegner von dieser Berechtigung Gebrauch machen werden, wissen wir nicht. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß unsere Gegner sich davon überzeugen, daß sie besser fahren, wenn sie nicht einseitig alle ihnen eingeräumte Rechte Deutschland gegenüber in Anspruch nehmen, wenn sie also z. B. von dem unerhörten Rechte, den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet fortzusetzen, keinen Gebrauch machen, besonders nicht in solchen Fällen, in denen eine solche Ausübung ihrer Rechte uns zwar großen Schaden, ihnen aber nur geringfügigen Nutzen bringt. Ich denke in dieser Beziehung insbesondere an die Liquidation des Eigentums der Auslandsdeutschen.

Ein 60 Millionenvolk kann nicht untergehen. Das deutsche Volk ist gebeugt unter der Last, doch nicht gebrochen. Auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet werden wir zu zeigen haben, daß die Wurzeln unserer Kraft nicht zerschritten sind. Die Aufgabe der deutschen Diplomatie wird es in Zukunft mehr denn je sein, das kulturelle und wirtschaftliche Leben der anderen Völker kennen zu lernen, um es besser berücksichtigen zu können. Es wird ernster Anstrengungen bedürfen, wenn wir allmählich wieder unseren alten Platz in der Weltwirtschaft erringen wollen. Dazu ist vor allem notwendig, daß unser inneres Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt durch ausreichende Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, wobei uns die Inanspruchnahme des Privatcredits eine wesentliche Hilfe sein wird. Um unseren Exportwaren den Auslandsmarkt wieder zu eröffnen, müssen wir trachten, durch Spezialabmachungen mit den einzelnen Staaten die uns im Friedensvertrag versagte Marktbegünstigung wieder sicherzustellen.

Wilmars, 24. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.25 Uhr. Das Haus tritt in die Beratung der Interpellation Anklage (D. und W.) und Heintze (D. W.) und Gen. über die Planwirtschaft ein.

In Begründung der Interpellation sagt der Abg. Witt (D. W.): Würden die Absichten der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums verwirklicht, so würde der freie Handel zum schwersten Nachteil für die Aufrechterhaltung des Handels und der Industrie ausgefallen. Wir verlangen die schärfste Beilegung der Außenhandelsstellen. Sie sind eine unehrenhafte Einschränkung für die kaufmännische Tätigkeit und können nur Quelle von Zerwürfissen mit anderen Völkern werden.

#### Aus der Friedensvertragsberatung im Unterhaus.

Amsterdam, 24. Juli. Von der Ansprache im englischen Unterhaus über den Friedensvertrag am 21. Juli werden folgende interessante Einzelheiten berichtet. Clynes (Arbeiterpartei) erklärte, die Gefühle einer sehr großen Teiles der Arbeiterklasse gegenüber dem Vertrag seien in berechteter Weise von General Smuts ausgedrückt worden, der sagte: „Ich habe den Friedensvertrag unterzeichnet, nicht weil ich ihn als ein befriedigendes Dokument angesehen habe, sondern weil es notwendig ist, den Krieg abzuschließen, weil die Welt vor

Urteil über Baron Rudolph zurückzuführen ist. Ich möchte aber sehr gern wissen, wie der Landrichter dieses Verlöbnis zustande gebracht hat.“

„Ah, das wird ihm eben nicht schwer geworden sein. Die Wünsche des Pärchens sind offenbar mit den feintigen zusammengetroffen oder haben gar diese erst hervorgerufen. Das Glück leuchtet ja beiden aus den Augen. Da hat es keines Zwanges bedurft.“

„Bei den Verlobten gewiß nicht. Daran dachte ich auch keinen Augenblick mehr, seit ich sie zusammengeführt. Aber wie hat Lange es fertiggebracht, dem stolzen Freiherrn und seiner noch weit stolzeren Gemahlin die Einwilligung zu dieser Heirat zu entreißen? ... Freiwillig haben sie die nicht gegeben, das steht fest. Welche Mittel standen ihm nur zu Gebote, diese gewiß nicht nächstern und unerfahrenen Menschen zu bewegen, ihren Geburtsstolz, ihr Ansehen unter den Standesgenossen zu opfern und sich dem Willen des Landrichters Lange, oder noch schlimmer von Lange, dieses neugeborenen Adligen, zu beugen? Die Sache ist dunkel, und deshalb ist sie mir unheimlich. ... Ich danke Gott, daß Baron Rudolph mir den Eindruck macht, als sei Elifens Glück bei ihm in guten Händen. Wer weiß aber, ob wir nicht nächstens ein neues Wunder erleben, welches vielleicht Franzens Zukunft in Frage stellt. Deshalb, Agnes, dürfen wir nicht säumen, soweit es an uns liegt, sie vor Sorge und Trübsal sicherzustellen.“

Tante Bland pflichtete ihrem Manne lebhaft bei. Er ging ungekämmt ans Werk, um die geeigneten Maßnahmen zu treffen, die seinem Liebling gegenüber der unberechenbaren Willkür seines Vaters wenigstens denjenigen Halt verleihen konnten, der dem Manne durch ein unabhängiges Vermögen gewährt wird. Für jetzt sollten die getroffenen Anordnungen sowohl dem Landrichter als seinem Sohn verschwiegen bleiben, hauptsächlich, um keine überflüssigen Mißheftigkeiten herbeizuführen. Das unterlag keinem Zweifel, daß der Landrichter nicht ohne Kampf darin willigen würde, seinen Sohn schon jetzt unabhängig sich gegenübergestellt zu lassen.

## Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, geb. v. Sebregondi.

Nachdruck verboten

Franz drückte dem Freunde warm die Hand und umfaßte dann die so sehr geliebte Schwester, leise und innig fragend: „Bist du glücklich, Kind?“

Elise sah mit den tiefen, feuchten Augen, in deren Grunde, trotz aller Nahrung, ein schelmisches Lächeln lauerte, zu ihm auf und flüsterte: „Denkst du denn, daß ich mich ihm zu eigen gebe, wenn ich nicht seines und meines Glückes sicher wäre? — Sorge nicht um uns, Lieber, — befolge unser Beispiel!“

So leise sie die Worte sprach, Rudolph hatte sie doch verstanden. Er richtete einen halb zweifelnden, halb unwilligen Blick auf Leonore, die allein noch keinen Glückwunsch ausgesprochen hatte. Aber er war mehr als zufriedengestellt, als er sah, wie seine stolze Schwester mit warmer Bertschkeit Elise umschlang und ihr sanfte schwehlerische Worte zuflüsterte, so daß seine lebhaft empfindende junge Verlobte in heller Begeisterung ausrief: „Liebe ich ihn noch nicht, teure Leonore, so würde ich es jetzt tun aus Dankbarkeit, weil durch ihn Sie meine Schwester werden!“

Die sanfte Frau Lange blickte mit liebevoller Aufmerksamkeit auf die schönen jungen Wesen, die beide ihr so teuer waren, und selbst die Baronin schloß sich wohlthuend beruhigt von der Wärme, mit der Elise das ihr gewordene Glück anerkannte. Nur sie fand es nicht sehr passend, daß das junge Mädchen seine Empfindungen so lebhaft äußerte. „Ihr Bruder ist besser erzogen als sie,“ dachte die Dame. „Seltsam, bei ihm wird nur wenig nachgeholfen sein, bei ihr werde ich manches zu tun finden.“

Die Freiin Lange ahnte nicht, daß die Geschwister Lange so vollkommen fertige Menschen waren, daß sie gegenüber ihrer bildenden Hand sich spröde und unverbändlich zeigen würden.

„Doctor Bland und seine Frau besaßen sich in ihrem „besten Zimmer“. Die alten Leute saßen an steifen Samstühlen an dem großen Tisch in der Mitte des Gemaches. Das Paar harrete in erster Schweigenszeit, so daß es den Anschein gewann, als ob außer der Gesellschaft, die sich vor wenigen Minuten wieder empfohlen hatte — sie bestand aus dem Landrichter, seiner Frau und dem neu verlobten Paare — noch ein weiterer Gast ihre Schwelle überschritten hätte, ohne sie mit den anderen zu verlassen — ein Gast, der den guten Alten seit manchen Jahren ferngeblieben war: die Sorge.“

Nach kurzer Zeit aber wurde der Frau das Schweigen zur Last, und sie brach es mit den Worten: „Nun, Doctor?“ — sie gab ihrem Manne den Titel fast immer, sie mochte mit ihm oder von ihm reden — „nun, Doctor, wie gefällt dir der junge Herr?“

„Er ist ein schöner Mann und verkörpert keinen Augenblick die seine Erziehung, die er gewonnen hat.“

„Das konnte ich selbst sehen.“

„So sind wir, wie gewöhnlich, einerlei Meinung?“

„Das weiß ich noch nicht. Du bist mir die Antwort schuldig geblieben. Ich fragte, wie Baron Rudolph dir gefalle, nicht, ob du sein Gesicht hübsch und seine Redensarten zierlich fändest.“

„Aha, das ist denn etwas anderes! Doch, drehen wir den Stiel um: sage du mir, wie er dir gefällt.“

„Besser, als ich voraussetzte. Ich halte ihn für geschickt und gutmütig.“

„Der Taufend! Hast du ihn vielleicht früher nie einseitig und boshaft gehalten?“

„Nicht das, Doctor. Ich dachte jedoch, so ein junger Baron werde wenig gelernt haben und sich uns alten Bürgerleuten gegenüber so — daß ich es nur sage — so ein wenig aufblähen. Statt dessen benimmt er sich fast ebenso freundlich und natürlich wie Franz. Er sprach klug und bescheiden mit dir und dem Landrichter, wie ein junger Mann, der sein Teil gelernt hat und just darum die Wissenschaft älterer erfahrener Männer zu schätzen weiß.“

„Du bist eine kluge Frau, Agnes. Deiner Ansicht stimme ich gern bei, und ich hoffe, daß unser



allen Frieden braucht und die Lage durch Fortdauer sehr verhängnisvoll wäre. Es wäre staatsmännisch, den Vertrag in jeder Hinsicht allen denjenigen angepasst zu machen, die durch ihn getroffen würden, um dadurch das Emporkommen jedes revolutionären Geistes zu verhindern, wie er sich in Frankreich nach dem Jahre 1870 entwickelt hat. Die Bestimmungen des Friedensvertrags werden von der Masse der Industriearbeiter mit großem Vertrauen betrachtet werden, wenn nicht in zwei Punkten Mängel geschaffen würde, nämlich in der Frage der Dienstpflicht und der Rüstungen. Lord Robert Cecil (Koalitionsmann) sagte u. a., er betrachte den Friedensvertrag ebenso wie Emuts als Auflösung des Kriegszustands. Vom Völkerverbund müsse man eine günstige Ratifizierung erwarten. Ferner wurde in der Sitzung angefragt, ob die Punkte Wilsons auch auf Irland angewendet werden dürften. In Irland bestiehe jetzt eine Willkürherrschaft. Alle freien Männer seien entsetzt über die Lage. Lloyd George sagte über die Dienstfrage, er hoffe, daß es am Ende dieses Jahres oder spätestens zu Anfang des nächsten Jahres nötig sein werde, zu erklären, daß genug freiwillige Truppen aufgestellt worden seien, um den Bedürfnissen des britischen Reichs in allen Teilen der Welt zu genügen. Auch die Vereinigten Staaten haben die Dienstpflicht und seien ebenso entschlossen wie England, ihr möglichst bald ein Ende zu machen. Der irische Nationalist O'Connor gab seiner tiefen Enttäuschung über Lloyd Georges Erklärungen betreffend Irland Ausdruck. Bezüglich des Vorschlags, den Kaiser in einem neutralen Lande vor Gericht zu stellen, sagte Lloyd George: „Welches Recht haben wir anzunehmen, daß ein neutrales Land zustimmen werde, die Szene für eine Verfolgung dieser Art zu sein? Wir haben keine Kontrolle über solche Länder. Sie waren nicht auf der Friedenskonferenz, sie waren nicht am Krieg beteiligt. Der Kaiser wäre niemals einem gerichtlichen Verfahren ausgesetzt worden, wenn dies den neutralen Ländern überlassen worden wäre.“ Auf den Einwand, daß ein Gerichtsverfahren nicht notwendig sei, da die näheren Umstände und die Tatsache des Verbrechens ohnehin wohl bekannt seien, erwiderte Lloyd George, wenn ein Verbrechen vorhanden sei, so sei es gerecht und eindrucksvoller, ein Gerichtsverfahren zu veranstalten, da die ganze Angelegenheit damit auf das höhere Niveau des Völkerrechts emporgehoben werde, was bei der Bestrafung durch einen Sieger ohne Gerichtsverfahren nicht der Fall sein würde.

### Württembergischer Landtag.

(Schluß.) (Stuttgart, 22. Juli.)

Vierundzwanzig in der zweiten Beratung des Staatshaushalts bei Kap. 45-97 Kirchen- und Schulwesen fortgesetzt. Dazu liegen verschiedene Anträge vor.  
 Frau Zetkin (U.S.P.): Das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sei ein politisches Schandgeschäft. Abg. Pollich (Z.) bespricht verschiedene Schulfragen und tritt für eine straffere Schulzucht ein; ebenso Abg. Löchner (D.D.P.).  
 Abg. Goller (W.P.): Es verdient Anerkennung, daß die Schule in Württemberg auch nach dem 9. November ruhig weiter arbeiten konnte. Der Redner tritt dafür ein, daß das Erleben der ersten Volksschuldienstprüfung zum Besuch der Universität berechtige.  
 Minister Heymann: Als erster Versuch dieser Art darf die Landeskonferenz als gelungen bezeichnet werden. Von den 172 geladenen Teilnehmern waren 65 Nichtlehrer. Im Jahre 200 höhere Lehrer gefallt. Vielleicht wäre auf dem Gebiet der Schulkonferenz schon mehr erreicht, wenn nicht die tabulierten Freunde der Frau Zetkin immer wieder Querebenen machen würden. Das Notschulgesetz werde die Bestimmungen über die Vergütung des Abteilungsunterrichts bringen. Die Zulassung der Lehrerseminaristen als ordentliche Hochschulhörer sei in wohlwollender Erwägung gezogen.  
 Dann wird das Kap. 45 bis 55 genehmigt.  
 Zu Kap. 56 wünscht Abg. Fell (Z.), daß ein Lehrstuhl für Steuerrecht geschaffen werde.  
 Kap. 56 wird angenommen.  
 Bei Kap. 62, Technische Hochschule, führt Abg. Wilder (W.P.) aus: Die Räume seien vielfach nicht mehr genügend. Erwünscht sei der Ausbau der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung und der Abteilung für allgemein bildende Fächer.  
 Minister Heymann: Verhandlungen nach dieser Richtung sind im Gange.  
 Die Kap. 62-69 werden genehmigt.  
 Bei Kap. 70 begründet die Abg. Fein, Planck (D.D.P.) ihren Antrag über eine pflichtmäßige Ausbildung der weiblichen Jugend aller Stände in Hauswirtschaft, häuslicher Gesundheits- und Krankenpflege.  
 Abg. Wurm (W.P.) wünscht Eingliederung der hauswirtschaftlichen Ausbildung in den Organismus der Volksbildung. Der Antrag wird an einen volkswirtschaftlichen Ausschuss verwiesen.  
 Bei Kap. 72 bringt Abg. Pollich (Z.) verschiedene Wünsche zur Lehrerbildung und zur Verwendung der Volksschullehrer mit akademischer Bildung an Seminaren und höheren Schulen vor.  
 Bei Kap. 81 wünscht Dr. Bauer (Z.), daß die Hofbibliothek der Landesbibliothek angegliedert, aber als selbständige Bibliothek weitergeführt werde.  
 Abg. v. Heber (D.D.P.) tritt für Erhaltung der Hofbibliothek als Staatseigentum ein.  
 Das Kapitel wird genehmigt, ebenso Kap. 82-87. Zu Kap. 88 legt ein Antrag Weber und Gen. (Z.) vor, an den höheren Schulen Einrichtungen zu treffen, durch die besonders begabte Volksschüler in kürzerer Zeit so gefördert werden könnten, daß sie in die ihrem Alter entsprechenden Klassen höherer Lehranstalten eintreten können.  
 Der Antrag wird angenommen.  
 (Stuttgart 23. Juli.)  
 Die heutige (45.) Vormittagsitzung beschäftigte sich mit dem Landeshaushalt. Es nahmen hierzu das Wort vom Zentrum der Abg. Hanter, von der D.D.P. die Abg. Dr. von Mühlbauer, Bruchmann und Scheef, von der Sozialdemokratie Kesper und von der Bürgerpartei Wurm. Kultminister Heymann betonte die Notwendigkeit des Staats, die vertraglichen Pflichten der Weiterführung des Landeshaushalts zu erfüllen. Er führte den Abmangel des Landeshaushalts, der die Höhe von 1,8 Millionen Mark erreicht hat, vornehmlich auf die allgemeine Teuerung zurück. Die Stadt Stuttgart habe die Pflicht, einen Teil an den erheblichen Kosten des Theaters zu übernehmen. Die rationelle Ausnutzung des vorhandenen Fundus und Verjüngung sah er in einem Nebenamtensystem der beiden Häuser. Von einer Verpachtung des Landeshaushalts an ein Privatunternehmen riet er dringend ab. Schließlich wurde das Kapitel gegen die Stimmen der Bürgerpartei genehmigt. Ein Antrag Scheef (D.D.P.), mit der Stadt Stuttgart in erneute Verhandlungen wegen eines zu leistenden Beitrags einzutreten, fand einstimmige Annahme. Da-

gegen wurde ein Antrag der Bürgerpartei, das Landestheater an eine Vereinigung von Gemeinden und Kunstfreunden zu verpachten, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte ein Zentrumsantrag, wonach die Entscheidung über wichtige Betriebs- und Finanzfragen des Theaters einem Ausschuss von Landtagsmitgliedern in Verbindung mit dem Kult- und Finanzministerium übertragen werden soll; während ein Zentrumsantrag auf Schaffung eines Beirats aus Vertretern der Kunst, der betriebsleitenden Gemeinden, des Bühnenbundes usw. gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen wurde. — Nachdem der Abg. Pflüger über die Verkehrranstalten noch einen eingehenden Bericht erstattet hatte, wurde die Fortsetzung der Beratung über diesen Etat auf heute Nachmittag vertagt.

Nachmittagsitzung: Bei Fortsetzung der Beratung des Etats der Verkehrranstalten kam zunächst der Zentrumsantrag Graf auf die bekanntlich schon am 31. März 1920 festgesetzte Uebernahme der württ. Eisenbahnen und Posten auf das Reich zu sprechen, wobei er bezweifelte, ob dann die Nebenbahnwünsche so berücksichtigt werden wie bisher. Die Geschäfte des Unterstaatssekretärs könnten ebenso gut von einem Ministerialdirektor versehen werden. — Staatspräsident Blos nahm den Unterstaatssekretär in Schutz. Das Amt des Unterstaatssekretärs müsse bestehen bleiben, bis eine neue Organisation geschaffen sei. — Abg. Dr. Scheef (D.D.P.) meinte gleichfalls, daß unsere Verkehrsinteressen nach der Vereinfachung der Eisenbahnen nicht zu kurz kommen dürfen. Seine Partei bewillige den Posten für den Unterstaatssekretär. — Der Abg. Graf (Z.) brachte verschiedene Einzelwünsche vor. — Unterstaatssekretär Ditzler stellte in Aussicht, daß Württemberg in Zukunft keine Eisenbahninteressen in Berlin besonders zu vertreten haben werde. Zudem werde niemand um deswillen in seiner Laufbahn verschleiert werden, weil die Verkehrranstalten auf das Reich übergehen. Einen breiten Rahmen in seinen Ausführungen nahmen die Wünsche der mittleren Beamten, wie der unteren Angestellten, sowie die berechtigten Klagen ein, die im Hause über die Eisenbahnregeln laut wurden. Des weiteren sprach Ministerialdirektor Dr. Siegel, die Abg. Kesper (S.), Mühlbauer (D.D.P.), Hornung (U.S.P.), Benkert (W.P.). Die inhaltlich recht belanglose Debatte ging auch in der 11. Abendstunde noch weiter. — Donnerstag: Etat der Finanzen.

### Württemberg.

(Stuttgart, 24. Juli. (Die Geschäftsstag' des Landtags.) Der Landtag wird am Donnerstag den Etat der Finanzen und am Freitag die Steuer-gesetze erledigen. Am Samstag findet keine Sitzung statt. In der nächsten Woche werden noch Ausschüsse tagen, die verschiedene neue Gesetzesentwürfe vorzubereiten haben. Am Mittwoch wird das Plenum zusammentreten, und am Samstag, den 2. August soll die Tagung geschlossen werden.

(Stuttgart, 23. Juli. (Finanzausschuß.) Der Finanzausschuß behandelte heute die Tarife für die Einheitsätze zur Einkommensteuer. Ein gemeinschaftlicher Antrag des Berichterstatters Hartenstein (D.D.P.) und des Abg. Graf (Z.) wurde mit allen 23 Stimmen angenommen. Danach wird das Existenzminimum, das von der Regierung auf 500 Mark festgesetzt war, auf 1100 M. heraufgesetzt. Die unteren Stufen werden entlastet; der Ausfall wird dadurch heringebracht, daß die oberen Einkommen höher belastet werden. Die Steuer erhöht sich für ledige Steuerpflichtige um 6 Prozent bei einem Einkommen bis 5000 M., um 10 Prozent bei einem Einkommen von 5 bis 10000 M., um 15 Prozent bei einem Einkommen von 10 bis 20000 M., um 20 Prozent bei einem Einkommen von mehr als 20000 M. Die Erhöhung tritt nicht ein, wenn der Steuerpflichtige unterstützungsbedürftigen Angehörigen Unterstützungen gewährt, die mehr als ein Sechstel seines Einkommens betragen. Während der Regierungsentwurf die Waldkataster mit den alten Sätzen belassen hat, wurde auf Antrag Rothhelfer und Gen. (Z.) beschlossen, daß das Kataster der Waldungen einen Zuschlag von 50 Prozent erhält.

(Stuttgart, 24. Juli. (Jugendfürsorge.) Der Entwurf für ein Jugendfürsorgegesetz wird dem Landtag in der nächsten Woche vorgelegt werden.

(Stuttgart, 25. Juli. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat hatte heute die unangenehme Aufgabe, den außerordentlichen Bedarf der Stadt Stuttgart für das Rechnungsjahr 1919 zu decken. Es sind zusammen nicht weniger als 7,86 Millionen und zwar 3 Millionen für die Senkung der Lebensmittelpreise, 4 1/2 Millionen für Teuerungszulagen an städtische Angestellte und Arbeiter und 650 000 M. für Erhöhung der Fuhrpreise in den städt. Betrieben. Man beschloß die Gemeindeeinkommen auf Grund, Gebäude und Gewerbe von 9 1/2 auf 12 % zu erhöhen (ergibt 3 Millionen), die Gemeindeeinkommensteuer auf 125 % festzusetzen (ergibt ebenfalls 3 Mill.) und zur Deckung des Restes die Gas- und die Elektrizitätspreise, sowie die Latrinengebühren auf neue zu erhöhen. Auch die Straßenbahnen schlagen wieder auf. Der Preis eines gewöhnlichen Fahrscheins für 5 Teilstrecken (bisher 7) soll von 20 auf 25 Pfg. erhöht werden.

(Ulm, 24. Juli. (Hausdienstarifvertrag.) Vor dem Ortsrichter wurde zwischen den Hausfrauenvereinen und den organisierten Diensthofen der Stadt ein Hausdienstarif abgeschlossen.

(Laubheim, 24. Juli. (Einschränkung der Sonntagsruhe.) Die Ladeninhaber haben beschlossen, vom nächsten Sonntag an wieder regelmäßig zwischen 12 und 3 Uhr mittags ihre Geschäfte offenzuhalten.

(Graitshausen, 24. Juli. (Hohe Pächter-löse.) Bei der wiederholten Verpachtung der hiesigen Winterschafweide wurden 4030 M. erlöst, gegen 2810 M. bei der erstmaligen Verpachtung. Eine ganz besonders hohe Pächtersumme erbrachte aber die Schafweide am der Markung Maulach, nämlich 12 000 M. gegen 700 M. im vorigen Jahre.

(Niederstetten, 24. Juli. (Fäher Tod.) Der Maurer Heinrich Schmitt erlitt in seinem Weinberg einen tödlichen Schlaganfall.

(Aldingen M. Spaichingen, 24. Juli. (Terror.) Vergangene Woche verließ Pfarrer Gommel den Ort unfreiwillig, denn ihm wurde bekanntlich nachts eine Handgranate in das Haus geworfen, die sein Studierzimmer vollständig zerstörte. Gleichzeitig wurde ihm, wie der „Schwarzw. Bot.“ berichtet, mit Ermordung gedroht, falls er innerhalb drei Wochen den Ort nicht verlassen habe. Pfarrer Gommel hatte sich als Gegner der Revolution bekannt.

(Zuttlingen, 24. Juli. (Das Nachspiel, ein neuer Krawall.) Am Mittwoch früh, von 4 Uhr ab, hatten Stuttgarter Kriminalbeamte hier eine Anzahl Verhaftungen von Personen vorgenommen, die sich bei den letzten Krawallen besonders hervorgetan hatten. Als dies in den Fabriken bekannt wurde, legten hunderte von Schuharbeitern und -arbeiterinnen die Arbeit nieder und eilten zum Bahnhof, um den Abtransport der Verhafteten nach Motzweil zu verhindern. Tatsächlich mußten die Verhafteten wieder freigegeben werden. Nachmittags 4 Uhr war dann eine große Versammlung, in der die Arbeiter verlangten, daß wegen der Krawalle Verhaftungen nicht vorgenommen werden dürfen; nur die Unterordnung dürfe weitergeführt werden. Man beschloß, eine Abordnung an das Justizministerium nach Stuttgart zu schicken.

### Letzte Nachrichten.

Die Regelung des Kriegaanleihemarktes. Berlin, 24. Juli. Zum Zweck der Regulierung des Kriegaanleihemarktes hat sich unter Führung der Reichsbank und unter Reichsgarantie ein Konsortium gebildet, zu welchem außer der preussischen Staatsbank, der preussischen Zentralgenossenschaftskasse, der in ihren Verbänden zusammengeschlossenen öffentlich rechtlichen Banken und der Verband der Girozentrale der deutschen Sparkassen nahezu alle bedeutenderen deutschen Bankfirmen zur Mitwirkung eingeladen sind. Das Konsortium soll dafür Sorge tragen, daß die Verkaufsmöglichkeit für die Kriegaanleihe auch dann erhalten bleibt, wenn infolge Wiederauffüllung der Warenlager oder aus anderem Grunde große Anleihebeträge in kurzer Zeit an den Markt kommen. In solchen Fällen sollen ungerechtfertigte Kursstürzungen der Kriegaanleihe hintangehalten werden. Vor allem aber ist es seine Bestimmung, die aufgenommenen Beträge wieder zu dauernder Anlage unterzubringen, um die Umwandlung konsolidierter in schwebende Schulden zu verhindern. Dem Konsortium soll eine Aktiengesellschaft zur Seite gestellt werden, welche den Namen Reichsanleihe A.-G. tragen soll und für welche ein Aktienkapital von 400 Millionen Mark in Aussicht genommen ist. Die Aktien bleiben dauernd im Besitz des Konsortiums. Sie beziehen keine Dividende. Der Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft wird ehrenamtlich tätig sein.

Nicht bange machen lassen! Berlin, 24. Juli. Unsicherheiten Geschäftsleute werden zum Verkauf ihrer Geschäftshäuser vielfach mit der Drohung aufgefordert, daß eventl. ihr Eigentum mit Beschlagnahme belegt werden könne. Dies ist aber, worauf von zuständiger Stelle hingewiesen wird, nicht zutreffend. Man lasse sich also nicht einschüchtern.

Uebergabe der Saargruben. Saarbrücken, 24. Juli. Gestern fand eine Besprechung zwischen Vertretern der deutschen und französischen Regierung statt, die die Uebergabe des Besitzes der Saarsteinkohlegruben und die Verhältnisse der Grubenbeamenschaft zum Gegenstand hatte.

Die Franzosen in Luxemburg. Frankfurt, 24. Juli. Nach der „Frankfurter Zeitung“ haben die Amerikaner das luxemburger Gebiet endgültig verlassen. Weil für diesen Fall mehrfach mit Unruhen gedroht worden war, hat der Gemeinderat von Ech Militär zum Schutze der Eisenerzgrubenwerke anzufragen erbeten. Zwei Kompanien Franzosen sind zum Schutze der Werke zur Verfügung gestellt worden.

Revolution in Kroatien. Wien, 24. Juli. Aus Agrum wird gemeldet, in Kroatien sei die Revolution ausgebrochen.

Amerika im Wiedergutmachungsausschuß vertreten. Amsterdam, 24. Juli. Das Presiebureau Radio meldet aus Washington: Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat der Ernennung eines amerikanischen Vertreters bei der Wiedergutmachungskommission zugestimmt. Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch mit 387 gegen 100 Stimmen angenommen. Das Gesetz ist so weitgehend, daß man glaubt, es würde der Handel mit alkoholischen Getränken vollständig unterdrückt werden. Die Vorlage geht jetzt an den Senat.

### Baden.

(Karlsruhe, 24. Juli. Der Haushaltsaus-schuß des Landtags bewilligte für den Rest des Jahres zur Neuregelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals 5 Millionen Mark; der Gesamtaufwand beträgt jährlich 15,3 Mill. Mark. Weitergehende Forderungen, die eine weitere Ausgabe von 9,3 Mill. Mark bedingt hätten, wurden abgelehnt. Es wurde beschlossen, daß von den Baukostenzuschüssen der Gemeinden die Arbeitgeber einen angemessenen Teil zu tragen haben, wenn deren Arbeitern und Angestellten Baukostenzuschüsse zugute kommen. Für den diesbezüglichen Anteil der Eisenbahnverwaltung wurden 2 Mill. Mark bewilligt.

(Karlsruhe, 24. Juli. Das Ministerium des Innern teilt mit, die Nachricht, daß der Falschmeldung von der angeblichen Flucht des Prinzen Max eine Mitteilung des Ministers Krennle zu Grunde liege, sei auf eine „mißverständliche Auffassung“ eines Schreibens des Ministers an einen Abgeordneten in Konstanz zurückzuführen.

(Karlsruhe, 24. Juli. Das Justizministerium hat den bei jeder badischen Zentralstrafanstalt bestehenden Aufsichtsrat durch Verweisung von zwei, beim Landesgefängnis Mannheim von drei Personen aus dem Stande der Arbeitnehmer, darunter zwei Frauen, ergänzt.



**Aus dem Bezirk.**

**Wildbad, 25. Juli.** Heute findet im Saale zur alten Linde der mit Spannung erwartete lustige **Meister-Abend** statt. Meister gehört zu den bleibenden Erscheinungen des Konzertsaals, ihn muß man gehört haben. Anfang 8 Uhr.

**Wildbad, 25. Juli.** Eine außergewöhnliche Darbietung steht den geehrten Gästen und Einwohnern von Wildbad nächsten Sonntag bevor. Die überall beliebte Kurlpelle hat an diesem Tage ihr Benefizkonzert. Herr Musikdirektor Paul Franz hat für diesen Tag ein ausgewähltes Programm zusammengestellt. Als Solist treten Herr Konzertmeister Hoffner (Violine) und Herr Ritschmann (Trompete) auf. Wir wollen hoffen und wünschen, daß der Kurlpelle in Anbetracht ihrer künstlerischen Dar-

bietungen ein voller Garten beschieden sei. Das Konzert findet statt von nachmittags 4 bis 6 Uhr in den Anlagen.

**Neuenbürg, 23. Juli.** Im Laufe des heutigen Nachmittags erschien an der Spitze einer Abteilung von 80 bis 100 Mann am Straßenbau Neuenbürg-Waldrennach beschäftigter Arbeiter eine Abordnung von 6 Mann und brachte Klagen über mangelhafte Belieferung ihrer Küche vor, die Forderung auf Gewährung von Sonderzuschüssen an Fleisch, Wurst und Käse betrafen. Es darf festgestellt werden, daß die Abordnung ihr Anliegen in durchaus geordneter anständiger Form vorbrachte. Ein in dem Sinne der Antragsteller gehaltener Bericht ist bereits dem Ernährungsministerium zugeleitet worden.

— **Die Zollzahlung.** Wie verlautet, soll das Gezej betr. die Bezahlung der Zölle in Gold am 1. August in Kraft treten.

— **Einschränkung des Kraftwagenverkehrs.** Der Mangel an Betriebsstoffen für den Kraftwagenverkehr ist nach amtlicher Mitteilung so groß geworden, daß mit einer teilweisen Stilllegung des Verkehrs zu rechnen ist. Es sollen nur noch solche Kraftfahrzeuge zugelassen werden, für deren Verkehr ein dringendes Bedürfnis vorliegt, wenn z. B. keine Eisen- oder Straßenbahnen, Pferdefuhrwerke usw. zur Verfügung stehen. In dieser Linie werden jedoch Lastwagen zur Berücksichtigung sein; die Personewagen sollen, namentlich Sonntags, von den Straßen verschwinden.

**Bekanntmachung.**

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung des Oberamts Neuenbürg betr. Versorgung mit Frühkartoffeln vom 18. Juli 1919 wird hingewiesen.

Wildbad, den 24. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Oberamt Neuenbürg.

**Verkehr mit Heu, Stroh u. Häcksel.**

Das Reichsernährungsministerium hat die Verordnung über den Raufutterverkehr und die Höchstpreise für Heu, Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918 mit Wirkung vom 1. Juli 1919 aufgehoben.

Veröffentlicht.

Wildbad, den 24. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Oberamt Neuenbürg.

**Höchstpreis für Kalbfleisch und Rindfleisch**

I. Gemäß § 1 des Höchstpr.-Ges. sind mit Zustimmung der Fleischverf.-Stelle für den Verkauf von Kalbfleisch und Rindfleisch folgende Höchstpreise für das Pfund festgesetzt worden:

1. Kalbfleisch 2 Mk. 40 Pfg.
  2. Rind- (Ochsen-, Kuh-) Fleisch 2 Mk. 70 Pfg.
- II. Soweit sich bei der Abgabe kleinerer Mengen Bruchpfennige ergeben, dürfen dieselben aufgerundet werden.
- III. Die Ueberschreitung der vorstehenden Höchstpreise ist strafbar.
- IV. Gegenwärtige Bekanntmachung ist in den Fleischverkaufsstellen an einer für die Käufer leicht sichtbaren Stelle anzuschlagen. Die Ortspolizeibehörden haben die Einhaltung dieser Anordnung zu überwachen.
- V. Die Höchstpreisfestsetzung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Den 22. Juli 1919.

J. B.: Killing, Reg.-Aff.

Wildbad, den 25. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

**Bekanntmachung.**

Der von den Viehbesitzern bestellte **Sonnenblumenschrot** kommt morgen **vormittag 8 bis 12 Uhr** im Städt. Mehllokal zum Verkauf. Das Pfund kostet 34 Pfg. Jeder Besteller erhält wie bestellt.

Die Parzellen erhalten das Futter nächste Woche durch ihren Anwalt.

Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe: 522

Carl Raier.

**Berein selbständiger Hobbanhandwerker Bezirk Neuenbürg.**

Am **Sonntag, den 27. Juli 1919** findet in Wildbad im **Gasthof zur „Sonne“** (Saal 1 Treppe) die

**Vierteljahres-Versammlung**

des Vereins statt, wozu wir unsere Mitglieder alle einladen.

**Tagesordnung:**

1. Bericht der Delegierten über die Versammlung in Stuttgart.
2. Einzug des Jahres-Beitrags.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand: Karl Bischoff.

Es treffen morgen wieder ein:

**Gelbe Rüben**

Pfund 40 Pfg.

Gärtner Wolf.

230

**Hausmädchen nach Berlin**

welches sauber ist und etwas näht, wird für kinderlosen, vornehmen Haushalt

anfangs September gesucht.

Gute Verpflegung. Köchin nebenbei.

Vorstellung Sonntag, 27. Juli 1919 und wochentags bis 3 1/2 Uhr beim Hotelportier Quellenhof Wildbad.

**Toilette- und Waschseife**

frisch eingetroffen wird zu den billigsten Preisen abgegeben

Drogerie Albert Barth, Calmbach.

**Wildbad, den 25. Juli 1919.**  
**Todes-Anzeige.**

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß

**Adelheid Egli**

gestern früh im Alter von 71 Jahren nach langem schwerem, in Geduld ertragenem Leiden im Bezirkskrankenhaus Neuenbürg gestorben ist.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Samstag nachmittag 2 Uhr in Wildbad von der evg. Kirche aus.

Wildbad, den 25. Juli.

**Todes-Anzeige.**

Schmerz erfüllt teile ich Verwandten und Bekannten mit, daß meine treubeforgte Gattin

**Sophie Batt,**

geb. Kessler,

nach kurzem aber schwerem Leiden im Alter von 32 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitte:

Der Gatte:

Karl Batt, Malermeistr. mit seinen 2 Kindern Karl und Gertrud.

Beerdigung: Sonntag nachm. 3 Uhr.

**Schuhhaus Wilh. Treiber**

Ludwig-Seegerstraße 17 empfiehlt

Turnschuhe mit Segeltuch-Sandalen Leder- Segeltuch-Kinderstiefel 21—26 sohlen Reparaturen werden prompt angeführt.

**Höhere Vorbereitungsschule TROTZENDORF**

Stuttgart, Diemershalde 9

Erfolgreiche und gründliche Vorbereitung auf alle höheren Schulprüfungen (Einj., Prima- und Reifeprüfung, realistischer und humanistischer Richtung.)

Auswärtige Schüler finden bei bester Verpflegung Aufnahme im

Schülerheim.

Schönste Höhenlage mit herrlichem Park. Prospekte und beste Referenzen stehen zu Diensten. 212

Fernsprecher No. 11572

**„Alte Linde“ Wildbad**

Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr

— Lustiger —

**Meister-Abend**

Arnold Meister vom Landestheater Stuttgart am Flügel.

Eigenes .: Wiener Lieder :: und heitere Schlager. ::

Karten zu 3.—, 2.— und 1.— Mk. in der Buchhandlung Trittlar, König-Karlstraße 187 und Enzkolonaden.

**Trockenmilch.**

Bei denjenigen Kaufleuten, bei denen die Bezugsberecht. die Marke 39 (Käse) abgegeben haben, bekommen sie 90 Gr. Trockenmilch Kuhhalter erhalten keine.

Städt. Lebensmittelamt: Kappelmann.

Arbeiterrat Schlüter.

**Schuhwaren**  
aller Art  
Herren-, Damen-, Knaben-, Kinder- und Mädchenstiefel in nur Lederausführung.  
Prima Qualitäten fertigt nach Maß bei mäßigen Preisen  
Hermann Lutz, Wildbad.

Ordentlicher Arbeiter sucht

**Bimmer**

eventl. mit Kost.

Zu erfragen in der Exped. ds. Bl. unter Nr. 227.

**Hausbursche gesucht!**

Zum sofortigen Eintritt wird ein fleißiger

**Hausbursche**

für sämtliche vorkommenden Arbeiten gesucht.

Verwaltung der Heilstätte Charlottenhöhe

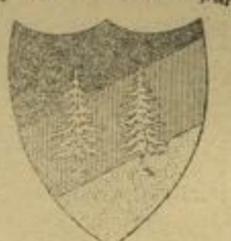
Nächste Woche trifft größere Sendung.

**Bohnen**

für mich ein. 230

Verkaufspreis billigt. Gärtner Wolf.

Deutsche demokratische Partei



Wildbad.

**Ausflugszugung im Palmengarten.**

Tagesordnung: 540

Besuch des Vertretertags am 26. u. 27. Juli in Stuttgart.

**Laden**

in der König-Karlstr. 71, ca. 56 qm groß mit 2 großen Schaufenstern, für jed. Geschäft passend, eventuell mit Wohnung sofort zu vermieten. Gest. Angebote unt. Nr. 547 an die Exped. ds. Bl.

Verkauf im Auftrag eines noch gut erhaltenen

**Anzug.**

Zu erfragen bei Georg Seyfried, Calmbach, Viehgasse 75. [528]

Prima 528

**Bodenöl**

wieder eingetroffen bei Geiz Bürkle, Calmbach.

**haben Sie Lust**

Dann werden Sie ihn leicht finden können mit dem wohlbekömmlichen

**Hausstrunk,**

den Sie sich aus

**Steigerwald's**

**Kunstmostrank**

**„Im Kofferenglas“**

sehr einfach selbst zubereiten. 1 Liter kostet nur 14—16 Pfg.

**Steigerwald's**

**Kunstmostrank**

ist in Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Süßstoff überall zu haben. Bezugsquellen weisen auf Wunsch nach

J. Steigerwald u. Comp. Heildronn a. N.

In Wildbad erhältlich:

C. W. BOTT.

2 f st noch neue, nicht viel getragene

**Anzüge**

für das Alter von 17—19 Jahren, zu verkaufen. [528]

Zu erfragen bei Hrn. Bott, Schneidermeister, Calmbach.

**Geschäfts-Empfehlung.**

Die Schwarzwälder Haus-

**Reparaturen**

jeder Art, sowie Neuansertigungen unter Zusage reeller und pünktlicher Ausführung. 151

**Teer-Seife**

per Flasche Mk. 5.— bei — 547

**Chr. Schmid & Sohn**

König-Karlstr. 68 neben Hotel Deutscher Hof.

**Landeskur-Theater Wildbad.**

Heute abend

**Das süsse Mädel.**

— liefert schnell —

**Visitenkarten**

die Wildbader Verlagsdruckerei.